

3) Arbeitsbesuch Staatssekretär Jakob Kellenbergers in Brüssel vom 12. August 1993

Staatssekretär Jakob Kellenberger traf am 12. August 1993 in Brüssel seinen belgischen Kollegen, Generalsekretär Frans Roelant, zu einem Arbeitsgespräch. Dieses bot Gelegenheit, gemeinsame Fragen und Anliegen zur europäischen Integration und Sicherheitsarchitektur zu vertiefen. Dem Gedanken- und Meinungs austausch, der in einem freundschaftlichen Rahmen stattfand und sich auch den Ereignissen in Mittel- und Osteuropa sowie im ehemaligen Jugoslawien widmete, kam auch insofern Bedeutung zu, als die Belgier derzeit den EG-Vorsitz innehaben.

1. Europäische Integration

Staatssekretär Kellenberger erläuterte dem belgischen Gesprächspartner, der letztmals im Januar 1993 in Bern zu-Gast gewesen ist, die schweizerische Strategie, eine Isolierung des Landes zu vermeiden. Diesem Ziel dienen die eigenen Anstrengungen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Unternehmen, der mit der EG gesuchte Abschluss von bilateralen Abkommen und die Offenhaltung der Optionen EG-Beitritt und nachträgliche Teilnahme am EWR-Vertrag. Nach dem 6. Dezember 1992 ist in der Schweiz unverkennbar eine gewisse Lähmung in der Integrationsdiskussion eingetreten. In der gleichen Weise darf jetzt aber auch festgestellt werden, dass etwa mit dem Zustandekommen der Initiative "Geboren am 7. Dezember 1992" neuer Schwung in die schweizerische Debatte kommen wird. Die öffentliche Meinung wird sich schon bald auch mit dem Bericht des Bundesrates zur Aussenpolitik der Neunzigerjahre auseinandersetzen können.

K. unterstrich die innenpolitische Bedeutung, welche einem raschen Einstieg in formelle Verhandlungen zukommt. Dossiers wie Zivilluftfahrt, Strassentransporte, Forschung und Entwicklung, MEDIA und Ursprungsregeln seien verhandlungsbereit. Im übrigen habe sich die EG im Transitvertrag ohnehin verpflichtet, im Falle eines schweizerischen Neins zum EWR in bilaterale Verhandlungen zur Oeffnung der Verkehrsmärkte einzutreten. K. hofft, dass Belgien, welches als EG-Vorsitzland Prioritäten setzen kann, für die rasche Eröffnung formeller Verhandlungen eintritt. Dass sich die EG die Uebersicht über ihre Interessen verschaffen will, versteht sich; ein Grund, formelle Verhandlungen in "reifen" Dossiers hinauszuschieben, ist dies aber nicht.

Generalsekretär Roelants betrachtete seinerseits den Umstand als erfreulich, dass das schweizerische EG-Beitritts gesuch auf dem Tisch des Hauses bleibt. Dabei sei es den Schweizern vorbehalten, den Rhythmus des weiteren Geschehens zu bestimmen. Zum anderen verwies er darauf, dass die EGK nun ihre Ansicht zu den geforderten sektoriellen Verhandlungen bekanntgeben müsse. Belgien selber wolle einen "accord plus global"; man sei sich nicht an eine sektorielle Anpackungsweise gewohnt. Im übrigen seien gerade dem Zivilluftfahrtssektor grosse Schwierigkeiten eigen. R. liess sich von den insistierenden Argumenten Ks., wonach das Anliegen der EG, die bilateralen Verhandlungen mit der Schweiz in einen Gesamtrahmen zu stellen, kein Hindernis für eine zügige Aufnahme formeller Verhandlungen darstelle, einstweilen kaum erweichen: Das Sinnvollste bleibe wohl ein globales Abkommen, wozu nun die Stellungnahme der Kommission abgewartet werden müsse.



R. bzw. der Politische Direktor im belgischen MAE, André Adam, stellten hierauf die jüngsten Entwicklungen innerhalb der EG dar. Im Zuge der demnächst abgeschlossenen Ratifizierung des Vertrages von Maastricht werden neue Institutionen und Arbeitsabläufe geschaffen. Die Wirtschafts- und Währungsunion tritt R. zufolge am 1. Januar 1994 in ihre 2. Phase. Zur realistischen Einschätzung der Situation befragt, hielt R. dafür, dass man von diesem Ziel - den jüngsten Erschütterungen im Europäischen Währungssystem zum Trotz - nicht abweichen könne. Zum Standort des EG-Währungsinstitutes mochte sich R. dabei nicht äussern. Im weiteren gelte es, der Initiative für eine Wiederankurbelung der europäischen Wirtschaft Gestalt zu geben. Damit in engem Zusammenhang stehen auch die Bemühungen um einen erfolgreichen Abschluss der Uruguay-Runde.

Unter den institutionellen Aenderungen heben die Gesprächspartner die Bestellung des EG-Ausschusses der Regionen besonders hervor. Auch die Erweiterungsverhandlungen werden zügig weitergeführt. Ihren Ausführungen zufolge gilt es hier, zwischen den verschiedenen EG-Schulen der "dilutionnistes", "ambiguistes" und "intégristes" einen gangbaren Mittelweg zu finden. Mit der Frage der Erweiterung der Gemeinschaft ist hingegen sehr eng auch jene der Institutionenreform verbunden, welche verschiedene EG-Staaten bereits vor vollzogener Erweiterung durchführen möchten. Die belgische Präsidentschaft hält zu diesem Problemkreis ein "non paper" bereit, das demnächst in die Diskussion eingespielen werden soll. Daneben beschäftigt die Präsidentschaft auch das Verhältnis der EG zu den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie die nicht zur Ruhe kommende Lage im ehemaligen Jugoslawien.

Im Bereich der EPZ soll - nach den Wechselbädern des Maastricht-Ratifikationsprozesses - nun im Hinblick auf die Schaffung einer Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik ein gewisser qualitativer Sprung zum Ausdruck gebracht werden. Die Politischen Direktoren sehen beispielsweise die Zusammenlegung zahlreicher EPZ-Arbeitsgruppen mit Arbeitsgruppen des COREPER vor. Im weiteren unterstreicht R. die politische Bedeutung der Tatsache, dass nun in aussenpolitischen Belangen das Europäische Parlament konsultiert und nicht mehr bloss informiert werden muss, ein Umstand, der angesichts der bevorstehenden europäischen Wahlen nicht ohne Folge bleiben dürfte.

In diesem Zusammenhang meldete K. das schweizerische Interesse an einer aktiven Mitarbeit in einer ausgewählten Anzahl von Arbeitsgruppen an. Die belgischen Gesprächspartner stellten ihrerseits eine über die Präsidenten der infragestehenden Foren laufende Zusammenarbeit in Aussicht.

2. Europäische Sicherheitsarchitektur - Pakt über die Stabilität in Europa

Die eingehende Diskussion des grundsätzlich begrüßten Balladur-Planes erwies eine weite Übereinstimmung der Positionen. Belgischerseits wurde darauf hingewiesen, dass die mit dem Problemkreis "Stabilität in Europa" befasste ad hoc - Arbeitsgruppe der EG am 28. Juli 1993 erstmals zusammengetreten ist. Bei der Auswahl der vom Plan betroffenen Länder lasse man sich vom Kriterium deren zukünftiger EG-Kandidatur leiten ("accords de bon voisinage entre futurs adhérents à la CE"). So gesehen sei der fehlende Einbezug Zyperns und Maltas besonders problematisch. Alle Bemühungen um die verschiedenen bilateralen Vertragswerke sollen in eine grosse Konferenz einmünden, welche zur Zeit der deutschen

EG-Präsidentschaft im zweiten Semester 1994 stattfinden würde. Im Zentrum der Initiative müsse die Regelung von Minderheitenanliegen und nicht von Grenzfragen liegen. Es sollen dabei weder Pandorabüchsen geöffnet noch schlafende Hunde geweckt werden. Die EG-Präsidentschaft will die Sache auch regional anpacken (baltische Staaten, ungarische Minderheiten). Der Balkan soll hingegen ausgeklammert bleiben. Die Verwaltung der erzielten Abkommen ist der KSZE oder dem Europarat zu überlassen. Auch soll der Pakt als Ganzes von politischer Natur sein. Die EG selbst sehen die belgischen Gesprächspartner eher in der Rolle des "stimulateur" und Vermittlers. Die Frage ob aus dem Balladur-Plan eine "action commune" im Sinne des Maastrichter Vertrages werden soll, bleibt offen.

K. unterstrich einleitend die grundsätzlich positive Haltung der Schweiz zum Balladur-Plan, auch wenn vieles zu klären und zu präzisieren bleibt. K. regte an, dass sich die Partner der in Aussicht genommenen bilateralen Abkommen auch den Bestimmungen der KSZE-Streitschlichtungskonvention und - sofern sie Mitglieder des Europarates sind - der künftigen Europäischen Konvention über Minderheiten unterstellen. Die Schweiz möchte bei der Weiterverfolgung des Planes möglichst frühzeitig mitwirken und ist bereit, ihre eigenen Vorstellungen einzubringen. Unter den mit den belgischen Gesprächspartnern geteilten Schwierigkeiten nimmt in schweizerischer Sicht der enge Teilnehmerkreis einen besonderen Platz ein (z.B. Ausschluss der Kaukasusländer und Zyperns). Auch bleibt die Frage nach der Form der von den Signatarstaaten des Paktes abzugebenden Garantien einstweilen unbeantwortet. Die KSZE erscheint als bester Rahmen für die Verwirklichung des Projektes.

Die KSZE selber soll in belgischer Sicht möglichst einfach und operationell sein. So halten die Gesprächspartner reguläre KSZE-Botschaftertreffen in Wien für nötig. Ueber allem gelte es, die KSZE rechtzeitig mit Mitteln auszustatten, die rasches Tätigwerden erlauben. K. teilte den Wunsch nach Verbesserung der operationellen Kapazitäten der KSZE. Die erste, in Nagorno-Karabach zu machende KSZE-Peacekeeping-Erfahrung steht einstweilen noch aus. Die KSZE-Präventivdiplomatie soll - den augenblicklichen Rückschlägen im ehemaligen Jugoslawien zum Trotz - weiterhin im Vordergrund stehen. K. berichtete schliesslich über den gegenwärtigen Stand der Schaffung eines schweizerischen Blauhelmbataillons, welches bei positivem Abschluss aller gesetzgebenden Prozeduren im Frühjahr 1995 operationell sein dürfte. Zum Verhältnis zwischen NATO, WEU und KSZE befragt, wies die belgische Seite darauf hin, dass die USA die NATO - im Gegensatz zur KSZE - als "ihren Verein" betrachteten. Die USA räume auch dem Nordatlantischen Kooperationsrat einen höheren Stellenwert als der KSZE ein. Die WEU wiederum lasse die Franzosen einfacher in ein europäisches Sicherheitsnetz einbinden, eine Tatsache, welche - im Zusammenhang mit dem Jugoslawienkonflikt - der Erfolg der Adria- und Donaumissionen belege.

Zu den Zielvorstellungen befragt, welche Belgien als EG-Präsidielland vom bevorstehenden Europaratgipfel in Wien hege, war von den belgischen Gesprächspartnern wenig mehr als eine unverbindliche Stellungnahme zu erhalten, die darauf hindeutet, dass dem Ereignis beschränkte Bedeutung beigemessen wird. Die Rede war dabei von einer in EG-Kreisen herrschenden "indifférence alarmante" und einer "initiative qui tombe à contre-temps".

3. Die Lage in Mittel- und Osteuropa sowie im ehemaligen Jugoslawien

R. hielt dafür, dass die Visegrad-Staaten hinsichtlich ihrer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung und eines schliesslichen EG-Beitritts gute Chancen hätten. Ein Nato-Beitritt falle aber aus Rücksicht auf Russland ausser Betracht. Die Ukraine beunruhige mit ihrem Nuklearpotential auch die Russen. Deren Urteil zufolge seien die Ukrainer nicht in der Lage, den Unterhalt der ihnen verbliebenen atomaren Sprengköpfe sicherzustellen. Zwischen Russland und der EG findet am 29./30. September 1993 ein erstes Gipfeltreffen statt. Die Aushandlung eines Partnerschaftsabkommens geht nur harzig vonstatten. R. zeigte sich im übrigen vom schweizerischen Unterstützungsprogramm beeindruckt.

Die Schweiz wird auf dem Gebiet der Hilfe an die GUS erst jetzt umfassender tätig und sucht dafür auch die zielgerichtete Zusammenarbeit mit der Weltbank. Aufgrund der gesetzlich fixierten Konditionalität der Hilfe werden von den Empfängern schweizerischer Hilfe Taten bzw. glaubwürdige Verpflichtungen hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Transformierung des alten Systems verlangt.

Die gemeinsame Diskussion der Lage im ehemaligen Jugoslawien förderte keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse zutage. Die belgische Seite betonte den bilateralen Charakter der serbisch-kroatischen Teilungspläne für Bosnien, deren Folgen einstweilen abzuwarten sind. Die Gesprächspartner gaben dabei zu verstehen, dass es schwerfalle, die Bosnier zur Annahme von Fakten zu bewegen, welche die Serben mit ihrer Uebermacht auf dem Schlachtfeld geschaffen hätten. Der ungemainen Mediatisierung des Konfliktes werde auch im weiteren Verlauf der Ereignisse grosse Bedeutung zukommen.

K. rief seinen Gesprächspartnern die auch zeitige Bedeutung der bevorstehenden Genfer Konferenz zum Schutze der Kriegsoffer in Erinnerung und überreichte ein Einladungsschreiben, in welchem Bundesrat Cotti seinen belgischen Kollegen Claes zur persönlichen Teilnahme einlädt.

J. Kellenb. 

Jakob Kellenberger